

GASTBEITRAG

Die Opposition als Zuschauer

VON LOTHAR PROBST

Normalerweise ist es die vornehme Aufgabe der Opposition, der Regierung auf die Finger zu schauen, ihr Dampf zu machen, sie – wo nötig – zu kritisieren und Alternativen zu ihrer Politik zu entwickeln. Dieses Grundprinzip der parlamentarischen Demokratie kann natürlich nur funktionieren, wenn es eine handlungsfähige Opposition gibt. Ein gutes halbes Jahr vor der nächsten Bürgerschaftswahl aber ist genau das das Problem. Die Oppositionsparteien von rechts bis links sind in einer desolaten Situation – mehr mit sich selbst und ihrer Kandidatenaufstellung beschäftigt, als mit der Kritik am Senat und seiner Politik.

Dabei erweisen sich die neuen Medien, die so häufig als Hoffnungsträger für die Kommunikation der Parteien mit ihren Wählern beschworen werden, als Fluch für die Opposition. Per Facebook und Twitter ist die Öffentlichkeit bestens darüber informiert, wie sich CDU, FDP und Linke ständig selber ins Knie schießen. Dabei schreckt man vor Angriffen unterhalb der Gürtellinie auf eigene Parteifreunde nicht zurück. Kaum für möglich gehalten hätte man allerdings, dass die Bremer Oppositionsparteien die Parteifreunde in der bürgerlichen Regierungskoalition in Berlin, die sich wechselseitig als „Gürkentruppe“ und „Wildsau“ beschimpft hatten, „rhetorisch“ noch überbieten würde.

So stempelte der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Claas Rohmeyer seinen Parteifreund Malte Engelmann auf Facebook als „politische Nutte“ ab. Auch über die internen Konflikte an der Spitze der Bremer FDP wurde die Öffentlichkeit wochenlang bestens informiert, weil die Medien gezielt mit E-Mails gefüttert wurden, die offensichtlich aus der Parteizentrale der Liberalen stammten. Die Linke schließlich hat in den vergangenen Jahren ihr Seelenleben ebenfalls per Internetdiskussionsforen und E-Mail-Verkehr bloßgelegt – was dabei zutage kam, hat das Vertrauen in die Politikfähigkeit der Linken nicht gerade gefördert. Anscheinend geht es auch dort eher um die beste Ausgangsposition für die Kandidatennominierung zur nächsten Bürgerschaftswahl und weniger um die Oppositionspolitik gegen den rot-grünen Senat.

Kein Wunder, dass die rot-grünen Koalitionsparteien angesichts des Zustandes der Opposition auf die Idee gekommen sind, selber ein bisschen Opposition in der Regierung zu spielen und einen Aufstand gegen ein Projekt anzuzetteln, das ursprünglich als wirtschaftsfreundliches Zeichen im Koalitionsvertrag verabredet worden war. Gemeint ist die Gründung einer Abwasser GmbH, die steuerliche Entlastungen für Bremer Unternehmen mit sich bringen sollte. Als die Pläne für die Gründung der GmbH näher rückten, meldeten die Grünen Bedenken an und forderten eine Überprüfung des Projekts.

Der neue Landesvorsitzende der SPD, Andreas Bovenschulte, legte nach und forderte gemeinsam mit dem Landesvorstand der Grünen, dass zunächst einmal die finanziellen Risiken geklärt werden müssten, bevor die Regierung die Gründung in die Wege leitet. Die Handelskammer, vier große Bremer Unternehmen und auch die CDU forderten zwar vehement, dass die Abwasser GmbH noch in diesem Jahr gegründet werden sollte, aber die Regierung traute sich angesichts des Widerstandes aus den Koalitionsparteien nicht, das Projekt umzusetzen und ließ es jetzt einen langsamen Tod sterben.

Opposition kann also auch in Bremen durchaus erfolgreich sein und den Senat zum Einlenken bringen. Die Sache hat nur einen Schönheitsfehler: Die Opposition kam aus den Regierungsparteien, während die mit sich selbst beschäftigten Oppositionsparteien nur die Zuschauer in einer Frage waren, in der sie sich gegen den Senat und die Regierungsparteien hätten profilieren können. Der politischen Auseinandersetzung in Bremen würde es gut tun, wenn die Oppositionsparteien sich möglichst schnell wieder auf das besinnen, was ihre ureigenste Aufgabe ist: den Senat zu kontrollieren und Alternativen zu seiner Politik aufzuzeigen. Für die Beschäftigung mit sich selber sind die Oppositionsparteien vom Wähler jedenfalls nicht ins Parlament geschickt worden.

Zur Person: Lothar Probst ist Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen und Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.